

Soziale Politik? Das geht besser. Aber nicht von allein!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

viele haben gedacht: Schlimmer kann es nicht kommen. Nach der rot-grünen Agenda 2010.

Doch es kommt noch dicker! Mit der großen Koalition. Und dagegen müssen wir uns wehren.

Da rollt ein richtiger Horrorkatalog ab:

- Der Murks mit der **Gesundheitsreform**, die zwei Drittel der Bevölkerung so nicht will,
- Die **Rente mit 67**. Und das obwohl Renten künftig ohnehin durch sogenannte Nachhaltigkeits- und Nachholfaktoren real immer geringer ausfallen,
- **Mehrwertsteuererhöhung** und Steuerbelastungen für die Beschäftigten aber gleichzeitig Steuersenkungen in Milliardenhöhe an die Konzerne,
- Immer mehr **Druck auf Erwerbslose** und ständige Drohungen von weiteren Kürzungen beim Arbeitslosengeld II,
- Der Dauerbrenner: noch weniger **Kündigungsschutz**; vor kurzem scheinbar vom Tisch, jetzt hat Wirtschaftsminister Glos das Fass wieder aufgemacht.

Umverteilung und Politik gegen die Menschen

Kolleginnen und Kollegen,

das ist Politik gegen die Bevölkerung! Warum wird die so beharrlich betrieben? Der Kerngedanke ist: Die Unternehmer weiter entlasten. Weniger Sozialbeiträge, weniger Steuern, mehr Gewinne! Und gefügigere Beschäftigte.

„Wir leben über unsere Verhältnisse,“ das hören wir immer wieder. Viele sind verunsichert und zweifeln, ob da nicht doch was dran ist.

Aber unser Land ist reich! Und der Reichtum wächst immer mehr. 26 Milliarden Euro war 2005 der Zuwachs des Volkseinkommens. Nur haben wir, die Beschäftigten, die Rentner, die Arbeitlosen, davon nichts abbekommen. Mehr noch: Wir haben sechs Milliarden eingebüßt! Unternehmer und Vermögensbesitzer haben 32 Milliarden mehr bekommen! Sie haben den gesamten Zuwachs plus das, was sie uns auch noch aus der Tasche gezogen haben.

Kolleginnen und Kollegen,

das können wir uns doch nicht länger bieten lassen!

Und was ist mit der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft? Deutschland ist seit Jahren Exportweltmeister. Jahr für Jahr riesige Exportüberschüsse. Kein Land der Erde hat in den letzten Jahren mehr Waren exportiert als Deutschland. Trotzdem liegen Merkel und Münte uns in den Ohren, die Wettbewerbsfähigkeit müsse immer noch weiter gesteigert werden.

Schon lange schlapp macht dagegen die Nachfrage aus dem Inland. Kein Wunder: Da die Löhne kaum steigen, bleibt auch die Kaufkraft im Keller. Im internationalen Vergleich liegen wir damit ganz hinten. In den anderen Ländern der EU sind die Reallöhne in den letzten zehn Jahren deutlich gestiegen, in Schweden und Großbritannien sogar um 25 Prozent!

Auch der Staat gibt immer weniger Geld aus. Brücken und Straßen verfallen. Und für Bildung und Erziehung fehlen die Mittel.

Diese Politik richtet sich gegen die Menschen. Gegen uns. Deshalb müssen wir uns wehren. Und für Alternativen kämpfen. Die gibt es! Auch wenn uns das Gegenteil eingeredet werden soll. Denn ohne Gegenwehr droht die weitere Talfahrt.

Steuerpolitik

Kolleginnen und Kollegen,

Vor der Wahl kündigte die CDU eine Mehrwertsteuererhöhung um zwei Prozentpunkte an. Die SPD versprach, bei 16 Prozent zu bleiben. Wie ging die Verhandlung aus? Jawoll: Der Kompromiss zwischen 16 und 18 heißt 19! Das sollten wir uns künftig in Tarifrunden als Vorbild nehmen.

20 Milliarden Euro werden durch diese Erhöhung bei uns abkassiert. Menschen mit geringen Einkommen, Erwerbslose, kinderreiche Familien, Rentnerinnen und Rentner werden am härtesten getroffen.

Aber das ist ja noch nicht alles: Die Entfernungspauschale gibt es erst ab dem 20. Kilometer. Monatlich 40 Euro weniger im Durchschnitt bei Pendlern. 15 Millionen Beschäftigte sind betroffen.

Abfindungen werden voll steuerpflichtig. Kosten für Arbeitszimmer nicht mehr absetzbar. Sparerfreibetrag halbiert. Eigenheimzulage für Häuslebauer sind bereits gestrichen.

Alles in allem kommen rund 30 Milliarden zusammen. Die werden bei uns abkassiert.

Die fehlen für den Konsum. Und das gefährdet die Konjunktur und bedroht Arbeitsplätze.

Also, uns erzählt Steinbrück, dass er knapp bei Kasse ist und deshalb die Steuern erhöhen muss. Aber gleichzeitig will er schon wieder massenweise Geld an Unternehmer verschenken. Offiziell fünf Milliarden. Steuerexperten schätzen, dass es mindestens zehn Milliarden werden. Die Hälfte der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung geht an die Unternehmen!

Das ist doch ein Skandal!

Angeblich sollen die Unternehmer so mehr Arbeitsplätze schaffen. Das hat 2001 schon nicht geklappt. Die Gewinne stiegen immer stärker, aber mehr Investitionen und Arbeitsplätze gab es deswegen nicht. Im Gegenteil:

Die Unternehmer behaupten, sie würden fast 40 Prozent Gewinnsteuern zahlen. Tatsächlich zahlen sie weniger als die Hälfte. Weit unter dem EU-Durchschnitt. Würde der gezahlt, hätte Steinbrück 20 Milliarden Euro mehr in der Kasse.

Kolleginnen und Kollegen,

das ist doch klar, dass das anders geht! Wir haben ein Konzept für mehr Steuergerechtigkeit. Rund 45 Milliarden mehr im Jahr bringt es ein.

Die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine höhere Besteuerung großer Erbschaften bringen allein 20 Milliarden Euro. Der Staat hätte wieder Geld, um in Arbeit, Bildung und Umwelt investieren zu können.

Das Verfassungsgericht hat klargestellt: Vermögensteuer, höhere Erbschaftsteuer und höherer Spitzensteuersatz sind möglich und verfassungsgemäß! Lasst euch also nicht ins Boxhorn jagen, wenn immer noch behauptet wird, das ginge nicht.

Konzerne müssen wieder mehr und nicht noch weniger Steuern zahlen. Das schaffen wir durch das Stopfen von Schlupflöchern, zum Beispiel keine steuerliche Begünstigung für Verlagerungen mehr.

Wir wollen eine konsequente Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung. Gerade hat der Bundesrechnungshof wieder festgestellt, dass Steuererklärungen von Millionären kaum geprüft werden. 40.000 Euro im Jahr schenkt der Staat so im Durchschnitt einem Einkommensmillionär. Das ist so viel wie fünf Hartz-IV-Empfänger bekommen!

Gesundheitsreform

Mit der Gesundheitsreform sollen die Prinzipien der Rentenreform auf die gesetzliche Krankenversicherung übertragen werden. Das stellte Kanzleramtsministerin Müller klar. Immer mehr müssen die Versicherten selbst bezahlen, ohne Arbeitgeberanteil.

Schon heute ist es so, dass arme Menschen im Durchschnitt sieben Jahre kürzer leben als Reichere. Das wurde auf der Nationalen Armutskonferenz 2004 festgestellt. Und die Gesundheitsreform wird diese Entwicklung in die Zweiklassenmedizin weiter vorantreiben.

Ab 2009 soll der Gesundheitsfonds kommen, in den alle gesetzlich Versicherten und die Arbeitgeber einzahlen. Die Krankenkassen erhalten ihr Geld dann aus diesem Fonds. Die Beitragsätze wird künftig die Politik festlegen. Vorher sollen sie noch mal kräftig steigen. Im Sommer hat die Kanzlerin von 0,5 Prozentpunkten gesprochen. Schon heute ist klar, dass das nicht reicht. Einige Kassen müssten Zusatzbeiträge erheben. Und die wären allein von den Beschäftigten zu zahlen. Die Unternehmer bleiben außen vor. Uns droht die Mini-Kopfpauschale. Andere Kassen mit weniger Ausgaben für Kranke zahlen ihren Versicherten noch etwas zurück.

Die Kassen werden versuchen Zusatzbeiträge zu vermeiden oder mindestens zu begrenzen. Um keine Mitglieder zu verlieren. Aber dann drohen weitere Leistungskürzungen. Wer das nötige Geld hat, kann sich zusätzlich privat versichern.

Kolleginnen und Kollegen,

Zusatzbeitrag und Leistungskürzungen belasten vor allem die sozial Schwachen! Private Versicherungen bleiben wieder einmal außen vor. Solidarität im Gesundheitswesen findet weiter ohne die Privaten statt. Die Pharma- und Apothekerlobby wird von einer Positivliste verschont. Mit der aber könnte man unwirksame und zu teure Medikamente am besten ausschließen. Immerhin soll künftig ein unabhängiges Institut Kosten und Nutzen neuer Medikamente bewerten.

Ein Schritt in die richtige Richtung. Ob sich das praktisch bewährt, muss sich aber noch zeigen.

Die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte bekommen mehr Geld. Krankenhäuser dürfen aber weiter nur in Ausnahmen ambulant behandeln. Sparpotenziale werden nicht genutzt.

Kolleginnen und Kollegen,

wir wollen ein solidarisches Gesundheitssystem. Keine Klassenmedizin. Eine Bürgerversicherung, in die schrittweise die gesamte Bevölkerung einbezogen wird. Wer mehr verdient, soll auch mehr einzahlen. Auch auf Kapitaleinkommen müssen Beiträge erhoben werden.

Wir wollen mehr Vorbeugung und Zusammenarbeit bei Pflege, Therapie und Behandlung. Und eine Positiv-Liste mit wirksamen und günstigen Medikamenten.

Rentenpolitik

Die Bundesregierung will ab 2012 die Altersgrenze schrittweise bis 2029 auf 67 Jahre anheben. Und durch die Gesetzgebung der letzten Jahre und die Pläne der großen Koalition wird es bis Mitte des nächsten Jahrzehnts kaum Rentenerhöhungen geben. Rentenkürzung bedeutet das wegen der Preissteigerung. Verbreitete Altersarmut droht – besonders Frauen sind betroffen.

Dagegen müssen wir uns wehren!

In vielen Betrieben werden keine über 50-Jährigen beschäftigt. Das kennt ihr ja aus eigener Erfahrung. Nur 40 Prozent der über 55-Jährigen

sind noch erwerbstätig. Ältere sind besonders von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die Arbeitslosigkeit wird durch die höhere Altersgrenze weiter ansteigen. Nicht nur bei den Älteren, auch bei den Jungen! Weil weniger Arbeitsplätze durch ausscheidende Ältere frei werden. Drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze wären erforderlich, hat kürzlich die Bundesagentur für Arbeit ausgerechnet.

Kann sich von euch jemand vorstellen, wo die dann plötzlich herkommen sollen? Wo wir doch sowieso schon Millionen Arbeitslose haben.

Auch gesundheitspolitisch ist die Rente mit 67 eine Schnapsidee. Viele halten nicht einmal bis zur heutigen Altersgrenze von 65 durch. Früher war man von der Arbeit müde, heute ist man kaputt. Immer mehr Hektik und Druck, unsichere Jobs und belastende Arbeitsbedingungen sind die Ursache.

Rente mit 67 heißt nichts anderes als Rentenkürzung. Zwei Drittel gehen vor 65 in Rente. Und das heißt: Abschläge! Umso mehr, wenn es die Rente erst mit 67 gibt. Wer mit 63 geht, muss dann mit einer lebenslangen Rentenkürzung von 14,4 Prozent leben.

Wenn keine Gegenmaßnahmen zur Alterssicherung ergriffen werden wird eine zunehmende Anzahl von Menschen künftig von Altersarmut betroffen sein. „In 25 Jahren wird jeder zweite Rentner eine Rente in Höhe von Hartz IV bekommen.“ So droht der Renten„experte“ Miegel.

Deshalb müssen wir uns heute wehren!

Damit das nicht Wirklichkeit wird!

Vielleicht kann sich mancher großkoalitionäre Bundestagsabgeordnete nicht vorstellen, was Rente mit 67 bedeutet. Schließlich ist er selbst ja von dem, was er da beschließt, nicht betroffen - aber für Millionen von Menschen droht das knallharte Lebenswirklichkeit zu werden.

Die drohenden Verschlechterungen in der Rente mag manche nicht erschüttern. Sie finden Rente ohnehin altmodisch. Private Vorsorge ist angesagt. Das Dumme ist nur: Den meisten fehlt für die Versicherungsprämien das Geld. Wer hat schon das Geld um neben den Beiträgen zur gesetzlichen Rente zusätzlich vier, acht oder sogar zehn Prozent des Einkommens für die private Vorsorge abzuzweigen?

30 Millionen Deutsche haben keine Riester-Rente. Nur 6,4 Millionen zweigen etwas zusätzlich für das Alter ab. Kein Wunder bei niedrigen Löhnen und immer stärker steigenden Preisen.

Vor einiger Zeit habe ich mit einer Kollegin aus dem Handel über ihren Rentenbescheid gesprochen – einer Kollegin, die 42 Beitragsjahre Vollzeit gearbeitet und eingezahlt hat. Und jetzt ganze 649,52 Euro Rente herausbekommt. Das ist zu wenig, Kolleginnen und Kollegen! Und das wird künftig noch dramatischer. Wer nur dreiviertel des Durchschnittseinkommens verdient – also 2100 Euro brutto und weniger – wer also weiterhin ein für viele normales, niedriges Einkommen hat, wird in Zukunft auch nach 40 Jahren Beitragszahlung eine Rente in Höhe der Sozialhilfe kaum erreichen. Und damit noch nicht einmal das Niveau, das auch ohne Beitragszahlung als steuerfinanzierte Fürsorgeleistung bezogen werden kann.

Wer lange Zeiten der Arbeitslosigkeit aufweist, dessen Rentenanspruch steigt während des Hartz IV Bezugs noch um ganze 2,18 Euro pro Jahr. Gleichzeitig muss er in dieser Zeit fast alle Ersparnisse aufbrauchen, die

er bei seiner Minirente im Alter dringend bräuchte, um vernünftig leben zu können. Einer Hartz IV Empfängerin nutzen auch Steuervorteile bei Beiträgen zur Riester-Rente nichts – sie hat kein Geld, um sich die Beiträge leisten zu können. Und auch viele, die Arbeit haben, aber nicht viel verdienen, können die Beiträge nicht aufbringen, weil sie das Geld jetzt brauchen – für die Kinder, die teuren Heizkosten und vieles mehr.

Rente mit 67 und ausgebremste Rentenanpassungen sind notwendig wegen der Altersentwicklung der Gesellschaft, der Demografie. Sagt die Regierung. Heute kommen noch knapp vier Erwerbsfähige auf einen über 65-Jährigen. In 30 Jahren werden es nur noch zwei sein. Viele fragen sich: Wie soll das gut gehen ohne Einschnitte?

Es geht, Kolleginnen und Kollegen!

Steigerung der Produktivität ist das Geheimnis. Sogar der oberste Rentenkürzer der Republik – Professor Rürup – geht von einer jährlichen Produktivitätssteigerung von 1,8 Prozent aus. Trotz langfristig sinkender Zahl der Beschäftigten wird jedes Jahr mehr Reichtum erarbeitet.

Würde man diesen Reichtum gleichmäßig verteilen, hätte im Jahr 2030 jede und jeder – vom Baby bis zum Rentner – fast 40 Prozent mehr. Statt knapp 28.000 Euro heute über 38.000 Euro im Jahr 2030.

Die Verteilung ist aber der Haken. Unternehmer und Kapitalbesitzer wollen sich die Zuwächse in die eigene Tasche stecken. Und die Regierung unterstützt sie noch dabei.

Seit vielen Jahren sind die Löhne nicht mit der Produktivitätsentwicklung gestiegen. Und subventionierte Billigjobs, Mini-Jobs, Ich-AGs und in der letzten Zeit vor allem die Ein-Euro-Jobs, haben reguläre Beschäftigung verdrängt.

Kein Wunder, dass die Einnahmen der Rentenkasse in die Knie gehen.
Kein Wunder, dass Beschäftigte sich gegen höhere Beiträge wehren, da diese bei stagnierenden Einkommen zu Nettolohnverlusten führen.

Erst mit kräftigen Lohnsteigerungen kommt der wachsende Reichtum auch bei uns an. Dann sind auch steigende Beiträge zu verkraften.
Durch die Rente mit 67 wird gerade einmal ein halber Prozentpunkt Beitrag eingespart!

Kolleginnen und Kollegen,

was wäre euch lieber: einen halben Prozentpunkt mehr Rentenbeitrag zahlen, oder zwei Jahre später in Rente gehen? Ich glaub die Antwort ist klar. Aber uns fragt ja keiner.

Wir wollen alle Erwerbstätigen, auch Selbständige, Freiberufler, Politiker und künftige Beamte in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Alle Beschäftigung soll voll rentenversichert werden. Und wir wollen einen flexiblen Ausstieg bis 65, durch Altersteilzeit und leichteren, abschlagsfreien vorzeitigen Ruhestand.

Damit Oma und Opa noch Zeit für die Enkel haben.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit

13.03.2007 Thomas Mitsch

